

Politische Kultur in Ost- und Westeuropa. Die Rolle der politischen Korrektheit

Nicole Gallina

“Free speech is what is left over when a community has determined in advance what it does not want to hear” (Fish 1994: 337). Stanley Fish findet wenig Gutes an der Meinungsfreiheit: Sie sei ein Konstrukt. Was man frei äußern könne, das bestimme die Gesellschaft. In diesem Sinn ist die politische Korrektheit keine neue Entwicklung, denn sie ist ebenfalls ein Rahmen, in dem Dinge gesagt oder nicht gesagt werden können.

Im Gegensatz zur Meinungsfreiheit umfasst die politische Korrektheit nicht alle gesellschaftlichen Themen: Politische Korrektheit kommt vor allem zur Geltung, wenn es um Nicht-Diskriminierung bestimmter Gesellschaftsgruppen geht. Die mit dem Begriff der politischen Korrektheit in Verbindung gebrachten Themen sind in den letzten Jahren kontrovers in den deutschsprachigen Medien und von der Politik debattiert worden – und der aufmerksame Beobachter fragt sich vielleicht, wie die vom Phänomen der politischen Korrektheit betroffenen Gesellschaftsfragen gelöst werden. Die Gefahr besteht, dass keine weiteren Konsequenzen als die Diskreditierung des (politischen) Gegners zu erwarten sind. So ist denkbar, dass eine vermeintliche politische Unkorrektheit bei der Diskussion bestimmter sozialer und gesellschaftlicher Fragen die konstruktive Auseinandersetzung erschwert und dass die politische Korrektheit der Meinungsfreiheit eine Grenze setzt. Ein Beispiel, wie sich so eine Diskussion entwickeln kann, war Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“. Dazu später mehr.

Im Rahmen des Themas politische Kultur ist von Interesse, inwieweit man die politische Korrektheit, also den Begriff, damit verbundene Themen sowie involvierte Akteure, mit der zeitgenössischen politischen Kultur und insbesondere der Kultur politischer Eliten verbinden kann. Die Kultur der politischen Eliten bedeutet hier die Überzeugungen, die Eliten in der Öffentlichkeit vertreten. Es handelt sich um eine nach außen vertretene Kultur in dem Sinn, dass bestimmte Sprachcodes eingehalten und Rituale befolgt werden.

Weiter stellt sich die Frage, inwieweit das Phänomen der politischen Korrektheit in verschiedenen Politikbereichen und Gesellschaften auftritt. Zu diesem Forschungskomplex gibt es erstaunlicherweise praktisch keine wissenschaftliche Literatur.¹ Es drängt sich die Vermutung auf, dass dies mit der Politisierung dieses Themas zusammenhängen könnte und mit der Unsicherheit, ob überhaupt so etwas wie eine politische Korrektheit existiert. Das Konstrukt der politischen Korrektheit kann aus wissenschaftlicher Sicht als heikel bezeichnet werden, da eine genauere Definition und somit empirische Aussagen schwierig sind. Der Begriff ist jedoch allgemein bekannt, und für die Gesellschaft relevante Themen werden mit ihm in Verbindung gebracht – somit handelt es sich um ein existentes Phänomen, das den Versuch einer wissenschaftlichen Betrachtung lohnt.

Dieser Aufsatz besteht aus drei Teilen: Der erste, theoretische Teil konzentriert sich auf Unterschiede in der Akzeptanz demokratischer politischer Kultur in West- und Osteuropa und diskutiert politische Korrektheit als einen möglichen Bestandteil zeitgenössischer politischer Kultur. Im zweiten Teil wird politische Korrektheit aus dem Blickwinkel ihrer Kritiker dargestellt, und es werden einige mögliche Formen politischer Korrektheit in West- und Osteuropa für das Beispiel Zuwanderung unter die Lupe genommen. Der dritte Teil bespricht die Nicht-Existenz einer politischen Korrektheit in der osteuropäischen politischen Kultur und abschließend die Herausforderungen an die demokratische politische Kultur in Ost- und Westeuropa.

Ich werde mich im Folgenden zum großen Teil auf den deutschsprachigen Raum und die für diesen Band relevanten osteuropäischen Länder beschränken. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und verwehrt sich gegen jede Parteinahme für politische Parteien, Strömungen oder Ideologien.

Unterschiede in der politischen Kultur zwischen West und Ost

Für westliche Länder nimmt die politikwissenschaftliche Forschung (u. a. Best, Higley 2010) die Existenz einer einheitlichen politischen Kultur an, das heißt die Kultur der politischen Eliten und die Kultur des Gemeinwesens stimmen im Sinn einer demokratischen politischen Kultur überein. Damit überlappen sich auch die politische

¹ Das betrifft insbesondere deutschsprachige Literatur. Aber auch die englischsprachige Forschung ist nicht besonders ergiebig. Hier sei auf Hughes (2010) verwiesen, der das Phänomen umfassend und aus einer historischen Perspektive bespricht. Verbreitet sind weiter Publikationen zum Thema Antisemitismus (zum Beispiel Hölscher 2008). Antisemitismus war jedoch nicht der Anstoß für das Phänomen politische Korrektheit – Rassismus und Sexismus standen im Vordergrund.

Kultur und die Pfeiler eines politischen Systems – zum Beispiel reflektiert ein parlamentarisches System den Willen zur demokratischen Entscheidungsfindung. Von Bedeutung ist, dass die politikwissenschaftliche Forschung zur politischen Kultur fast ausschließlich auf liberale Demokratien ausgerichtet ist. Die demokratische politische Kultur wird zudem mit den Attributen teilnehmend, transparent, unabhängig, selbstkritisch etc. positiv konnotiert. Im Vergleich dazu muss die Analyse der politischen Kultur Osteuropas fast zwangsläufig negativ ausfallen, da sie zum großen Teil personalisiert, polarisierend, intolerant oder intransparent ist.²

Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Eliten und der Rest der Gesellschaft in liberalen Demokratien grundsätzlich Subjekt und nicht Objekt, das heißt Aktive im politischen Gemeinwesen sind. Die Situation in Osteuropa stellt sich etwas anders dar – obwohl viele Staaten in diesem Teil Europas formell auch liberale Demokratien sind. Genauso wie der Rest der Gesellschaft verstehen sich die osteuropäischen Eliten in der Regel als Herrschafts-Objekt und nicht als Subjekt.³ Sie sind in der Regel Passive, mit wenig Eigeninitiative im täglichen politischen Geschäft. Das bedeutet aber nicht, dass die politische Elitenkultur und die Kultur des Gemeinwesens nicht zusammen passen oder nicht funktionsfähig sind. Im Zusammenhang mit den aktuellen politischen Herausforderungen bedeutet es vor allem, dass diese Kultur wenig mit einer demokratischen politischen Kultur gemeinsam hat.

Der komplexe Kulturkanon der osteuropäischen Länder wird seit dem demokratischen Wandel sowie dem Beitritt zur Europäischen Union zum großen Teil von außen in Frage gestellt: Das Konzept eines demokratischen politischen Systems und das Konstrukt der Europäischen Union wurden von diesen Staaten nicht aktiv mitentwickelt und gestaltet; das Einhalten bestimmter Regeln, die damit zusammenhängen, werden aber eingefordert (u. a. Gallina 2008). Das geschieht zu einem kleinen Teil von den politischen Eliten im eigenen Land, zum großen Teil aber von außen, sei es durch die Fortschrittsberichte der Europäischen Union, die Forschungsgemeinschaft, einzelne Bürgerbewegungen oder internationale Akteure. Aus dem Blickwinkel der Betroffenen kann die westliche politische Kultur durchaus als eine Bedrohung für althergebrachte Konzepte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen werden – das würde auch die Popularität populistischer Politiker wie dem ehemaligen bulgarischen Ministerpräsidenten Bojko Borisov oder

² Gallina (2010: 14). Vergleiche mit den Beiträgen von Giordano und Luleva in diesem Band.

³ Siehe ausführlich den Beitrag von Klaus Roth zum Selbstverständnis der Eliten in Südosteuropa.

dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico erklären.⁴ Diese Politiker greifen auf populäre Vorstellungen hinsichtlich gesellschaftlicher Werte oder politischer Führungsqualitäten zurück. Sie vermitteln den Bürgern auf diese Weise Verständnis für ihre Sorgen und Ängste.

Gesellschaftliche Brüche entstehen unter anderem, wenn Verhaltensweisen oder Regeln der Herrscher nicht mehr mit jenen der Beherrschten übereinstimmen bzw. nicht mehr von ihnen akzeptiert werden. Im Hinblick auf die politische Kultur bedeutet dies: Um eine Bedrohung auszulösen, müssten sich die politische Kultur des Gemeinwesens und die Kultur der politischen Eliten auseinanderentwickeln und ein Ungleichgewicht erzeugen. Der Wechsel vom kommunistischen politischen System zu einem demokratischen war so ein Fall. Politische Institutionen funktionierten nun nach anderen Regeln und erforderten gesellschaftliche Anpassungen. Jedoch ist auch Jahrzehnte nach dem Paradigmenwechsel ein vergleichbarer Zustand der Akzeptanz bestimmter politischer und gesellschaftlicher Verhaltensregeln wie vor 1989 (1991) nicht erreicht.⁵ Die osteuropäischen Staaten stehen immer noch vor der Herausforderung, das formale Gerüst mit ihren Verhaltensweisen in Einklang zu bringen. Das betrifft politische Eliten und Bürger gleichermaßen, obwohl die im Rampenlicht der Medien stehenden politischen Eliten von dieser Problematik vordergründig mehr betroffen sind.⁶

Vor dem Hintergrund der ökonomischen oder politischen Schwierigkeiten der Staaten Osteuropas und den Erfordernissen eines demokratischen politischen Systems an die Kultur der politischen Eliten, erscheint die Problematik der politischen Korrektheit marginal. Es handelt sich ja nur um eine Komponente der demokratisch-westlichen Kultur und nicht um einen ganzen Kulturkomplex. Und da die

⁴ Allerdings verlor Robert Fico überraschenderweise die Präsidentschaftswahlen vom April 2014. Im Allgemeinen erfuhr dessen Politik über 30% Zustimmung, siehe SME (2014) oder Spravy (2013). Zur Popularität von Borisov siehe den Beitrag von Luleva. Beide Beispiele zeigen, dass auch populistisch erfolgreiche Politiker auf die Gesellschaft erschöpfend wirken können. Bei den Europawahlen gelang es aber beiden bzw. ihren politischen Bewegungen, die gewohnten Zustimmungswerte wiederzuerlangen (da es auch vor allem ihre Anhänger waren, die zu den Urnen gingen). Die slowakische Partei Smer erreichte 25% und die bulgarische Partei Gerb 30%; Gerb gewann auch die bulgarischen Parlamentswahlen vom Oktober 2014 mit 33% und Borisov wurde erneut Ministerpräsident.

⁵ Siehe dazu die verschiedenen Beiträge in diesem Band, die auf historische Kontinuitäten bei bestimmten Verhaltensweisen hinweisen, die nicht erst seit dem Kommunismus auftraten.

⁶ Sie werden auch durch periodisch stattfindende Wahlen für ihre mit dem liberalen demokratischen politischen System wenig übereinstimmende politische Kultur abgestraft (dessen Aushängeschild immer noch die Korruption der politischen Eliten ist). Diese Straffunktion können auch Demonstrationen bewirken: mit mehr Erfolg in Tschechien oder in der Ukraine; mit weniger Erfolg in Bulgarien oder in Bosnien.

osteuropäischen Gesellschaften die demokratische politische Kultur nur oberflächlich als *thin culture* (Mishler, Pollack 2004) übernommen haben, wäre es möglich, dass innerhalb der demokratischen politischen Kultur das Phänomen in Osteuropa nicht prominent auftritt.

Dieser Vermutung wird ansatzweise im empirischen Teil nachgegangen, zusammen mit der These, dass es sich bei der politischen Korrektheit um ein Phänomen handelt, von dem liberal demokratische Systeme westlicher Prägung und ihre politische Kultur betroffen sind. Was Westeuropa angeht, kann man auch von einer Entwicklung von außen sprechen, da dieses Phänomen zuerst in den USA im Rahmen der dort bestehenden liberalen Demokratie aufgetreten ist. Der Druck, der auf die autochthone (liberal demokratische politische) Kultur westeuropäischer Staaten ausgeübt wird, ist ein anderer als jener auf die Kultur osteuropäischer Gesellschaften. Während letztere mit einem kompletten Kulturwandel konfrontiert sind, könnte man für westeuropäische Gesellschaften die Kulturkomponente politische Korrektheit als einen weiteren Entwicklungsschritt demokratischer politischer Kultur verstehen.

Politische Korrektheit in Sprache und Kultur

Wie ist diese politische Korrektheit nun aber gestaltet und in welchen Bereichen tritt sie auf? Wenden wir uns bei der Frage nach der Art der politischen Korrektheit zuerst einigen Klassikern zu. Gemäß dem ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten George W. Bush hatte PC [political correctness] schwerwiegende Folgen:

“The notion of political correctness has ignited controversy across the land. And although the movement arises from the laudable desire to sweep away the debris of racism and sexism and hatred, it replaces old prejudice with new ones. It declares certain topics off-limits, certain expression off-limits, even certain gestures off-limits. What began as a crusade for civility has soured into a cause of conflict and even censorship” (Bush 1991).

Bei der politischen Korrektheit handelt es sich allgemein um eine

„Einstellung, die alle Ausdrucksweisen und Handlungen ablehnt, durch die jemand aufgrund seiner ethnischen Herkunft, seines Geschlechts, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht, seiner körperlichen oder

geistigen Behinderung oder sexuellen Neigung diskriminiert wird“ (Duden 2014).⁷

Der Begriff stammt aus Diskussionen, die an den amerikanischen Universitäten Stanford und Michigan um die Gestaltung der Lehrpläne geführt wurden: Es ging darum, festzulegen, welche Begriffe und Inhalte im Zusammenhang mit bestimmten historischen, gesellschaftlichen oder sozialen Themen wünschenswert seien und welche nicht. Die Debatte verlagerte sich später in die Medien – und führte zu der Politisierung des Begriffs und einer Spaltung der politischen Eliten in Anhänger und Gegner einer eventuell existierenden Kultur der politischen Korrektheit. Ausschlaggebend war ein Artikel von Richard Bernstein, in dem er bemängelte:

“But more than an earnest expression of belief, ‘politically correct’ has become a sarcastic jibe used by those, conservatives and classical liberals alike, to describe what they see as a growing intolerance, a closing of debate, a pressure to conform to a radical program or risk being accused of a commonly reiterated trio of thought crimes: sexism, racism and homophobia”(New York Times 1990).⁸

Fairclough (2003: 18) fügte an, beide Seiten seien sich einig, dass ein Kulturwandel teilweise durch eine geänderte, politisch korrekte Sprache angestoßen werde. Beispielsweise, indem man weniger diskriminierende Bezeichnungen für gesellschaftliche Gruppen durchsetzt. Diese aufoktroierten Begriffsänderungen, die auch dazu führten, dass sich der Inhalt und die Form von Diskussionen im Zusammenhang mit Sexismus, Rassismus und Homophobie änderten, gingen für Lind (2000) zu weit, und er unterstellte der politischen Korrektheit einen totalitären Anspruch. Für Doris Lessing (Hughes 2010: 50) füllte die korrekte Sprache das (Ideologie-)Vakuum nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. In der Tat findet man Paradebeispiele für eine extreme sprachliche Verformung in totalitären Regimen wie im Faschismus und Kommunismus – und die Politik und ihre Vertreter sind für die Neugestaltung der Sprache und der Gesellschaftskultur verantwortlich. Unter den

⁷ Englische Definitionen sind vergleichbar, zum Beispiel: Oxford Dictionary (2014): “the avoidance of forms of expression or action that are perceived to exclude, marginalize, or insult groups of people who are socially disadvantaged or discriminated against” oder Collins Dictionary (2014): “political correctness is the attitude or policy of being extremely careful not to offend or upset any group of people in society who have a disadvantage, or who have been treated differently because of their sex, race, or disability.”

⁸ Diese Perspektive wurde beispielsweise von Friedman, Narveson (1995) kritisiert. Allgemein siehe Calhoun (2001). Die Diskussion in Amerika bespricht Hildebrandt (2005). Für den deutschsprachigen Diskurs siehe beispielsweise Zimmer (1996).

Bedingungen einer Diktatur und einer totalen Kontrolle der Gesellschaft ist es nicht schwierig, eine vordergründige öffentliche Akzeptanz zu erzielen. Die entsprechende Sprache ist auch Voraussetzung für die Teilnahme an wissenschaftlichen oder politischen Diskursen.⁹ Dieser Hintergrund ist für die ehemals kommunistisch geprägten politischen Systeme osteuropäischer Staaten wichtig.

Allgemein gilt aber, dass eine gewisse sprachliche Verformung und Anpassung durch jedes politische und gesellschaftliche System erfolgt, so auch nach 1989 (1991) durch das demokratisch-kapitalistische System in Osteuropa, was man vor allem an der Übernahme von Anglizismen in das ökonomische oder politische Vokabular der jeweiligen Landessprachen beobachten kann.¹⁰

In westlichen Demokratien nach 1989 (1991) haben nicht der Wandel des politischen Systems, sondern geänderte Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen des liberalen politischen Modells zu sprachlichen Anpassungen geführt.¹¹ Diese Anpassungen sind teilweise auch in literarischen Werken gemacht worden; kulturelle Phänomene blieben ebenfalls nicht verschont.¹² Interessant ist nun, wer diesen Prozess vorantreibt und inwieweit die politische Korrektheit die Sprache beeinflusst, das heißt zu neuen Codes führt bzw. sprachliche Möglichkeiten einschränkt.¹³ Wie man diese Problematik verstehen kann, brachte der umstrittene Schweizer Politiker Christoph Blocher mit den nachstehenden Worten zum Ausdruck: „Mir scheint: Wir haben zwar eine beeindruckende Titelvielfalt, aber keine Pressevielfalt. Auf allen Redaktionsstuben scheint die gleiche Angst vor den gleichen Tabuthemen vorzuherrschen. Offenbar haben sich die meisten Journalisten auf einen imaginären politischen Knigge verständigt“ (Blocher 2004).

⁹ Die Institution des kommunistischen Küchengesprächs oder Witzes führte diese vordergründige Akzeptanz oft ad absurdum und ist ein Beweis, dass es schwierig ist, die Gesellschaft von Konzepten oder Weltanschauungen zu überzeugen, die der menschlichen Natur widersprechen (zum Beispiel der Gleichheit aller Menschen).

¹⁰ Ganz bezeichnend sind die im Polnischen und Russischen breit verwendeten Ausdrücke *Biznesmeni/y* und *biznes*.

¹¹ Fairclough (2003: 21) argumentiert, dass der neo-liberale Diskurs via internationale Organisationen (Weltbank, OECD) die Sprache viel grundlegender und systematischer verformt habe.

¹² Beispiele für den deutschsprachigen Raum sind das Korrigieren von Märchen oder die Anpassung von nicht mehr korrekten Titeln/Bezeichnungen (Die „zehn kleinen Negerlein“ oder „Negerküsse“). Siehe auch Srf.ch (2013). In den Niederlanden wurde 2013 die Abschaffung des *Zwarte Pieten*, dem Kameraden des *Sinterklaas*, diskutiert. Eine Replik darauf gab Peter Keller (2013) in der Schweizer Wochenzeitung *Die Weltwoche*.

¹³ Zu Sprache, Sprachcodes und politischer Korrektheit siehe DW (2013b).

Dimensionen der politischen Korrektheit

In Deutschland¹⁴ sehen mehr oder weniger seriöse Kritiker die Einhaltung von politischer Korrektheit – das Benutzen bestimmter Ausdrucksweisen und die Weitergabe oder Nichtweitergabe gewisser Informationen – als Voraussetzung zur Teilnahme am politischen Diskurs, etwa zu Minderheiten, Migration, Zuwanderern. Diese Tatsache fördere eine Kultur der politischen Korrektheit, die gemäß manchen Kommentatoren gesellschaftsschädigend sei.¹⁵

Ein prominentes Beispiel waren die heftigen Diskussionen, Meinungen und Vorurteile über das im Sommer 2010 veröffentlichte Buch Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. Interessanterweise konnten die meisten Politiker und Meinungsmacher zu dem Zeitpunkt noch nicht wissen, was in dem Buch steht – sie schlossen aus den Vorabdrucken in der Presse auf den ganzen Inhalt und äusserten sich quasi präventiv.¹⁶

Einige Thesen, die im *Spiegel* bzw. in der *Bildzeitung* vor der Publikation abgedruckt wurden, lauteten: „Die sozialen Belastungen einer ungesteuerten Migration waren stets tabu, und schon gar nicht durfte man darüber reden, dass Menschen unterschiedlich sind – nämlich intellektuell mehr oder weniger begabt, fauler oder fleißiger, mehr oder weniger moralisch gefestigt – und dass noch so viel Bildung und Chancengleichheit daran nichts ändert“ (Bild 2010b). Womit nicht nur das heikle Thema Migration angesprochen, sondern auch mit dem Thema Intelligenz und Bildung und dazu noch mit politischer Korrektheit verbunden wurde. Sarrazin weiter: „Die Tendenz des politisch korrekten Diskurses geht dahin, die Menschen von der Verantwortung für ihr Verhalten weitgehend zu entlasten, indem man auf die

¹⁴ Die Schweiz, Österreich oder auch die Niederlande haben ähnliche Diskussionen oder Entwicklungen. Zu Österreich siehe beispielsweise Auer (2002). Im österreichischen Lehrplan für Gymnasien findet man unter anderem die Kompetenz des Schülers „Zu sprachkritischen Diskursen (feministische Sprachkritik, politisch korrekte Sprache) bei[zu]tragen“ (NZZ 2014b).

¹⁵ Die umstrittensten Aussagen machte der Deutsch-Türke Akif Pirinçci (2014); siehe auch Udo Ulfkotte (2013).

¹⁶ Zum Beispiel die Replik in der Zeitung *Die Welt* (2010), in der genüsslich alle weniger korrekten Aussagen aufgelistet wurden, die Thilo Sarrazin jemals gemacht hat. Die wichtigsten Diskussionsbeiträge sind in Deutschlandstiftung Integration (2010) publiziert. Interessant für unseren Zusammenhang ist auch der Auftritt Sarrazins im Schweizer Fernsehen (Youtube 2013a).

Umstände verweist, durch die sie zu Benachteiligten oder gar zu Versagern werden“ (Bild 2010b).¹⁷

Die Medienreaktionen waren durchweg negativ, geradezu vernichtend. Detlef Rost (2013: 8) schrieb allgemein, dass: „[...] die Reizworte ‚Intelligenz‘ in Verbindung mit ‚Vererbung‘ [genügen], um in den Medien einen Sturm zu entfachen. In Kombination mit der Migrationsproblematik wurde daraus ein Orkan der Entrüstung“. Am Ende fühlte sich auch der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck genötigt, seine Meinung beizusteuern. Er bemerkte, die politische Klasse könne aus dem Erfolg von Sarrazins Buch lernen, dass „ihre Sprache der politischen Korrektheit bei den Menschen das Gefühl weckt, dass die wirklichen Probleme verschleiert werden sollen“ (Tagesspiegel 2010).

Die Diskussion zeigte, dass das Phänomen politische Korrektheit aus mehreren Dimensionen besteht. Zum einen aus der Verbindung von politischer Korrektheit mit gewissen Themen bzw. die Existenz von Tabuthemen. Für Sarrazin sind das Aspekte der Themen „Demografie, Familienpolitik und Zuwanderung“ (Bild 2010b). Mohr (2013) führt die Themen Zuwanderung, Kriminalitätsstatistiken, Gender auf; Ulfkotte (2013) den Islam und die sozialen Kosten der Zuwanderung aus nicht-europäischen Kulturkreisen.¹⁸ Die Kritiker bemängeln, dass Medien und Politiker, Experten oder Wissenschaftler diese Themen aus einem bestimmten Gesichtspunkt und unter Zuhilfenahme entsprechender Sprachcodes behandeln.¹⁹ Eine Sicht, die vordergründig niemandem weh tut, kann den Nachteil mit sich bringen, dass unangenehme Dinge oder kontroverse Punkte verschwiegen und gesellschaftliche Befindlichkeiten ignoriert werden. Zu diesen zählen zum Beispiel die Fragen nach den Kosten der Zuwanderung, die Angst vor Arbeitsplatzverlust aufgrund der Migration oder Überfremdungsängste allgemein.²⁰ Somit wäre eine Diskussion zu diesen Themen objektiv gesehen nicht

¹⁷ Die *Bildzeitung* ließ es sich aber nicht nehmen, eine Tabelle mit Hartz-IV-Quoten zu veröffentlichen und stellte fest: „90 Prozent der Libanesen kriegen Hartz IV“ (Bild 2010c). Siehe (Bild 2010a) zu weiteren Sarrazin-Auftritten und Thesen sowie deren Perzeption.

¹⁸ Siehe auch *Deutschlandradio Kultur* (2013) zu den Themen, die mit politischer Korrektheit in Verbindung gebracht werden. Pirinçci (2014) ist die bisher extremste Variante. Daher auch die vernichtenden Rezensionen seines Buches *Deutschland von Sinnen* in den einschlägigen deutschsprachigen Zeitungen und Online-Medien.

¹⁹ Harald Martenstein in *Deutschlandradio Kultur* (2013) mit Verweis auf Bezeichnungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Die deutsche Armutskonferenz stellte 2013 eine Liste mit Begriffen zusammen, die aus dem Sprachgebrauch verbannt werden sollten (Faz.net 2013).

²⁰ Siehe ausführlich entsprechende Beiträge in der Schweizer Wochenzeitung *Die Weltwoche* (auch für das Beispiel Deutschland).

möglich und die Tatsache der einseitigen Beleuchtung auch aus dem Blickwinkel der Meinungsfreiheit problematisch.²¹ Was die Beschränkung der Meinungsfreiheit angeht, bemerkte Henryk Broder: „Und das erstaunlichste an diesem Versuch [politisch korrekt zu sein] ist, dass er nicht von oben geschieht. Es gibt keine Reichsschrifttumskammer, keine staatliche Instanz [...]. Das ist eine Tendenz, die aus der Gesellschaft selbst kommt. Man könnte sagen, die Gesellschaft kastriert sich freiwillig, indem sie auf den Gebrauch bestimmter Begriffe verzichtet“ (Deutschlandradio Kultur 2013).

Doch steckt hier noch mehr dahinter als die Beschränkung auf bestimmte Begriffe und die Existenz von Tabuthemen? Einige sehen die politische Korrektheit als Ausdruck einer Moral-Keule: „Die Moralisierung des politischen Lebens ist ein Kennzeichen unserer Zeit [...]. Wir erleben heute, dass tendenziell aus jeder politischen Frage, die ja zunächst lediglich auf einen auszutragenden Interessengegensatz verweist, ein Kampf zwischen Gut und Böse gemacht wird. Dabei ist Political Correctness ein probates Mittel der Empörungsverstärkung. [...]. Die korrekte Sprache ist also tatsächlich eines der letzten Symbolfelder politischer Auseinandersetzung“ (Fleischhauer 2014). Die zweite Dimension wäre also eine symbolische (Gut vs. Böse bzw. legal vs. illegal), während die erste Dimension als sprachliche bezeichnet werden kann, da sie vordergründig auf Sprachcodes und Tabuwörter abzielt. Beide Dimensionen werden von der Politik und den Medien getragen. Damit ist ein Einfluss auf die liberal-demokratische Kultur direkt gegeben.

Deswegen gibt es Autoren wie zum Beispiel Hölscher (2008: 13), die noch weiter gehen: „Der PC[political correctness]-Vorwurf ebenso wie seine Zurückweisung zielen damit in Wahrheit auf die politische Kultur des Gemeinwesens.“ Er sieht den Vorwurf politisch korrekt oder inkorrekt zu sein, als Bedrohung für die demokratische politische Kultur. Allein die Existenz eines solchen Vorwurfs (und hier ist es m. E. gleich, ob er ins korrekte oder nicht korrekte Lager zielt) hat negative Auswirkungen auf die demokratische politische Kultur, und bestimmte Themen werden in einer transparenten und partizipativen demokratischen Kultur nur noch ungerne oder aus einem bestimmten Blickwinkel besprochen bzw. an den Rand gedrängt.

²¹ Wobei die Meinungsfreiheit auch unterschiedlich ausgelegt werden kann: Zum Beispiel gelten bestimmte Aussagen als rassistisch und andere wiederum als Teil der Meinungsvielfalt. Siehe ein Dossier des *Tagesanzeigers* (2013) zu einem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, das es erlaubt, den Völkermord an den Armeniern zu leugnen.

Ein weiterer Schritt wäre die Legalisierung dieses Zustandes. Auf diese Problematik wies David Bernstein 2003 hin, als er die zunehmende Macht von Antidiskriminierungsgesetzen kritisierte – dies führe dazu, dass man *civil liberties* durch *civil rights* einschränke. Eine interessante (hier jedoch nicht relevante) Forschungsfrage wäre, ob in Europa ähnliche Entwicklungen beobachtbar sind.

Ich komme nun zum zweiten Teil der Arbeit, in dem ich mögliche Formen politischer Korrektheit in West- und Osteuropa anhand der Zuwanderungs-Thematik genauer betrachte.

Politische Korrektheit und Zuwanderung

Für das Beispiel Deutschland war das Buch von Thilo Sarrazin eine Art Katalysator für die Beschäftigung mit Themen, die nach und nach aus der politischen Diskussion verschwunden waren. Es ging vor allem um sich bereits in Deutschland aufhaltende Minderheitengruppen bzw. Ausländer und ihren Bildungsstand sowie ihre Arbeitsmarktintegration in Deutschland (also um eine ‚alte‘ Zuwanderung).²²

Als interessantes Beispiel kann zudem die Schweiz genannt werden. Hier wurden in den letzten Jahren einige wichtige gesellschaftliche Diskussionen mittels Volksinitiativen angestoßen – vor allem im Zusammenhang mit Themen, bei denen eine Spaltung zwischen der Meinung traditioneller Parteien und dem Volk relevant war. Mit einer Initiative leistet das Schweizervolk im Rahmen der direkten Demokratie einen Beitrag zur Gestaltung des demokratischen Systems, und eine erfolgreiche Initiative führt zu einer gesetzlichen Regelung bestimmter Fragen.²³ Eine Initiative wird in der Regel von Einzelpersonen oder Interessengruppen, aber auch von politischen Parteien angeregt, wenn bestimmte Themen zu wenig von der Politik thematisiert werden. Das beinhaltet aber auch die Möglichkeit, dass politisch nicht wünschenswerte Ergebnisse zustande kommen. Jüngste Beispiele waren die von der Schweizer Volkspartei SVP (mit)initiierten Initiativen zu einem Verbot des Minarett-

²² Wie bereits angesprochen, sind die Forschungsleistungen auf diesem Gebiet mager. Daher ist dieser Abschnitt als Aufstellung m. E. relevanter Phänomene zu verstehen und nicht als wissenschaftliche Synthese oder Besprechung repräsentativen Charakters.

²³ Eine Initiative kommt bei 100.000 Unterschriften zur Abstimmung. Seit 1891 wurden etwas mehr als 300 Initiativen angestrengt, die bei Annahme zu einer Verfassungsänderung führen. Das Volk stimmte über 185 ab – 20 wurden angenommen, die meisten in den letzten 25 Jahren (Degen 2013).

Baus und die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“, die mit 65% respektive 50,3% Ja-Stimmen angenommen wurden.²⁴

Ein Hinweis auf die Relevanz des Themas Zuwanderung für das Volk war, dass für die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ innerhalb von zweieinhalb Monaten 120.000 Unterschriften zusammenkamen (Bund.ch 2011). Kritiker aus dem rechtspopulistischen Lager hatten der Politik im Vorfeld vorgeworfen, sich diesen Fragen nicht ausreichend kritisch zu widmen, auch aus Gründen der politischen Korrektheit. Aufgrund der Ignoranz der Zuwanderungsproblematik durch die Politik habe das Volk für eine Regulierung der Zuwanderung gestimmt. Im aktuellen Ergebnis spiegle sich das Unbehagen mehrerer Jahre wider, das von der Politik nicht entsprechend gewürdigt worden sei.²⁵

Die Annahme beider Initiativen sorgte sowohl für nationalen als auch internationalen Wirbel. Im ersten Fall war es der mögliche Verstoß gegen die Bundesverfassung bzw. die Europäische Menschenrechtskonvention. Im zweiten Fall handelte es sich insbesondere um die Relevanz des Abstimmungsergebnisses für das Verhältnis zur Europäischen Union, vor allem um den Verstoß gegen das Freizügigkeitsrecht. Das Recht auf Personenfreizügigkeit war im Rahmen der sogenannten bilateralen Verträge Schweiz-EU festgeschrieben worden und 2002 in Kraft getreten. Der Vertrag hatte zu einem rasanten Anstieg der Zuwanderung in die Schweiz geführt: Innerhalb von zehn Jahren wanderten mehr als eine halbe Million Menschen ein, mit Auswirkungen auf die Mobilität bzw. Infrastruktur im Land sowie auf das Schweizerische Selbstwert- und Nationalgefühl.²⁶ Diese Aspekte traten aber in der allgemeinen Diskussion, die auf die Wohlstands- und Wachstumseffekte abzielte, in der Regel in den Hintergrund.²⁷ Der umstrittenste Aspekt waren die Kriminalitätsneigungen der Zuwanderer. Es ging sowohl um die Kriminalität der bereits ansässigen Einwanderer als auch um Personen, die als ‚Touristen‘ unterwegs

²⁴ Die Bundesverfassung wurde entsprechend geändert („der Bau von Minaretten ist verboten“). Im zweiten Fall der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ steht die konkrete Umsetzung der Verfassungsänderung innerhalb der gesetzlichen drei-Jahresfrist noch aus (admin.ch 2014).

²⁵ Siehe die SVP-Parteiprogramme und unterschiedliche Statements rechtspopulistischer Politiker sowie Kommentare zum Thema und zum Abstimmungsergebnis, z. B. in der Wochenzeitung *Die Weltwoche* (2014) und dem *Tagesanzeiger* (2014a) – hier findet sich auch das obige Statement von FDP-Politiker Müller.

²⁶ Aufgrund dieser hohen Einwanderungszahlen ist eine Orientierung hin zum Nationalen und ‚Eigenen‘ erkennbar, was auch durch erhöhte Wahlergebnisse der SVP oder entsprechende Volksabstimmungen (Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“, Initiative „Gegen Masseneinwanderung“) zum Ausdruck kommt.

²⁷ Siehe die Beiträge in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ); dazu auch eine etwas andere Sicht (NZZ 2013). Weiter das Dossier unter *Tagesanzeiger* (2014b) sowie bfs.admin.ch (2012) und bfm.admin.ch (2013). Die Nettozuwanderung im Zeitraum 2002 bis 2012 betrug 63.000 Personen pro Jahr – 2013 hatte die Schweiz 8.136.700 Einwohner (seco.admin.ch 2013 und bfs.admin.ch 2014).

waren. In der Schweiz war schon lange vor Deutschland die sogenannte Roma-Kriminalität ein Thema, und die Debatte gewann im Zuge der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänen und Bulgaren an Relevanz.

Kritik an politischer Korrektheit ist in den angesprochenen Ländern unterschiedlich verbreitet: In Deutschland sind es einzelne Autoren – und neu die politische Partei Alternative für Deutschland / AfD (NZZ 2014a) – die im Zusammenhang mit dem Thema Zuwanderung zu viel politische Korrektheit monieren. Von den wichtigsten Medien und den wichtigsten politischen Parteien wird eine Gegenhaltung eingenommen, und der deutsche Bundespräsident Gauck war eine Ausnahme, als er Sarrazin in Schutz nahm. In der Schweiz sind es die Volkspartei SVP und die Wochenzeitung *Die Weltwoche*, die das Thema Zuwanderung immer wieder aufwerfen und mit – ihrer Meinung nach – politisch korrekt beeinflussten Themen politisieren und politische Erfolge feiern können. Im Gegensatz zu Deutschland hat die direkte Demokratie als Katalysator gewirkt und zu konkreten politischen Maßnahmen im Sinn des politisch nicht korrekten Lagers geführt.

Eine neue Dimension bekam die Thematik im Zusammenhang mit der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf osteuropäische EU-Mitgliedstaaten (also auf eine ‚neue‘ Zuwanderung).²⁸ Interessanterweise wurde die Ausweitung der EU-Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien von einer politischen Korrektheit verschont. Die Berichterstattung bzw. politischen Kommentare in einigen EU-Ländern nahmen stellenweise hysterische Züge an: Oftmals wurde der Eindruck generiert, die bevorstehende Masseneinwanderung sei eine reine Armutszuwanderung, die direkt zum Kollaps der Sozialsysteme führe. In Deutschland hatte es eine ähnliche Debatte bei der Ausweitung der Personenfreizügigkeit 2011 u. a. auf Polen gegeben – in der Folge wanderten mehr als hunderttausend Polen ein (Mediendienst-integration.de 2014a). Für Deutschland gilt jedoch, dass die Arbeitslosenquote aller in Deutschland lebenden Ausländer um ein Vielfaches höher ist als die Quote bei den Rumänen und Bulgaren (oder Polen).²⁹

Der deutsche Bundespräsident agierte auch hier mäßigend, aber in einem etwas anderen Sinn. Er rief nicht zu einer Mäßigung gegenüber Rumänen oder Bulgaren auf,

²⁸ In der Schweiz wurde dieser Aspekt im Rahmen der allgemeinen Zuwanderungs-Debatte behandelt. Interessanterweise aber auch als separates, angeblich bedrohliches Phänomen, obwohl die meisten Staatsbürger osteuropäischer EU-Länder nur wenige tausend Kurzetaufenthaltsbewilligungen erhalten.

²⁹ Leider liegen nur Zahlen für Ende 2012 vor: 2012 waren 9,6% der in Deutschland lebenden Bulgaren und Rumänen arbeitslos; der gesamtdeutsche Schnitt war 7,4%. Die Arbeitslosenquote aller in Deutschland lebenden Ausländer betrug 16,4% (Zeit Online 2013).

sondern stellte fest, dass Einwanderung dem Land guttue, die politische Korrektheit aber nicht verhindern sollte, dass man Probleme, z. B. mit den Roma, anspreche (Faz.net 2014). In einer weiteren Rede kritisierte er den Umgang der Deutschen mit „Menschen, die in Deutschland geboren und seit Jahren heimisch seien“ – die Deutschen sollten ihnen mit mehr Offenheit begegnen (Zeit Online 2014). Dies erfolgte vor dem Hintergrund neuer veröffentlichter Zahlen, die einen erneuten Zuwanderungshöchststand vermeldeten.³⁰ Die deutsche Debatte bestimmte weiterhin die Ignoranz konkreter Missstände und effektive Maßnahmen dagegen, wie die überproportionale Arbeitslosigkeit bestimmter religiöser Gemeinschaften oder Bevölkerungsgruppen, deren namentliche Nennung als politisch nicht korrekt oder unzumutbar aufgefasst wurde.

In Großbritannien wurde das Thema EU-Freizügigkeit für Osteuropäer ebenfalls stark medialisiert und politisiert. Hintergrund der Debatte war vor allem, dass seit 2004 aus den zehn osteuropäischen EU-Ländern 1,1 Millionen Menschen eingewandert waren (Migrationobservatory 2014).

Interessanterweise gab es keine Neuauflage der *illegal political asylum seekers*-Debatte: 2003 war dieser Begriff von der *Press Complaints Commission* als den Umständen nicht angemessen deklariert worden und hatte eine Debatte über politische Korrektheit ausgelöst.³¹ 2013 – als es um EU-Zuwanderung und nicht um Asylbewerber ging – griffen nur Einzelne das Thema politische Korrektheit und Zuwanderung auf: Der ehemalige konservative Minister Lord Patten sagte im November 2013, dass die politische Korrektheit verhindere, dass Politiker die Wahrheit über Immigration sagen würden (co.uk 2013).

Im Zusammenhang mit der EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen erweckten manche Schlagzeilen den Eindruck, Rumänen, Bulgaren, Roma und Kriminelle könnten es kaum erwarten, in das Land einzufallen.³² Den Höhepunkt bildeten Pläne zu einer Anti-Großbritannien-Werbekampagne in Bulgarien und Rumänien (Guardian 2013a) und die Aussage von Nigel Farage der United Kingdom Independence Party (UKIP): „Bulgarians are starving in a mafia-run state“ (BBC 2013b). Die Folge in Rumänien waren politische Proteste und der Vorwurf einer Ungleichbehandlung innerhalb der EU, jedoch auch Antworten sarkastischer Art (Observer 2013, Huffingtonpost 2013). In Bulgarien gab es keine Gegenkampagnen oder anti-britische Publikationen. Die Tatsache einer Ablehnung wurde hingenommen

³⁰ Welt (2014), zu bereinigten Zahlen siehe Mediendienst-integration.de (2014b).

³¹ Viele Medien gingen dazu über, das Wort *bogus* (= Scheinasylant) zu benutzen (LIP 2004).

³² Siehe den BBC-Beitrag (2013a) für das Beispiel Rumänien.

bzw. ebenfalls sarkastisch kommentiert.³³ Ironischerweise ging die Anzahl der Bulgaren und Rumänien in Großbritannien von Januar bis März 2014 zurück (BBC 2014a; auch Guardian 2013b). Aber die allgemeine EU- und Zuwanderungsmüdigkeit der Briten war greifbar, und die Europawahl im Mai 2014 brachte der UKIP 28% der Stimmen und einen historischen Sieg ein (BBC 2014b).

Die durchaus emotionale Diskussion, ob Rumänen und Bulgaren in Deutschland und anderen EU-Ländern leben (und dort Sozialleistungen beziehen) dürfen, wurde in den osteuropäischen EU-Ländern mit Erstaunen und Enttäuschung zur Kenntnis genommen; politische Korrektheit war kein Thema.³⁴

Das Fehlen einer politischen Korrektheit in Osteuropa

Eine Debatte zu politischer Korrektheit gibt es vorderhand im ganzen mittelost- und südosteuropäischen Raum nicht, und der Begriff wird grundsätzlich nicht verwendet. Die öffentliche Sprache ist deutlicher und direkter. Der russische Journalist Andrei Kobayakov strich in diesem Zusammenhang heraus, dass man in Deutschland stärker auf Worte achte als in Russland (DW 2013a). Die Aussage des russischen Journalisten dürfte in der Regel auch auf die restlichen osteuropäischen Länder zutreffen.

Politische Korrektheit ist in Westeuropa eng verknüpft mit gesellschaftlichen Minderheiten – ja Minderheiten haben diese Entwicklung angestoßen. Politische Korrektheit gilt nur für eine ganz bestimmte Zuwanderung, wie das Beispiel EU-Freizügigkeit Bulgarien und Rumänien zeigt. Für Osteuropa selber ist die Dimension Zuwanderung weniger von Interesse, da sie sehr gering ist. Wichtiger sind bestehende Minderheitenfragen, die sich zum großen Teil auf Roma konzentrieren. Aber auch hier gibt es keinerlei politische Korrektheit. Zum Beispiel ist aus Tschechien die Aussage des Bürgermeisters von Josefov überliefert, einer Stadt, in der jeder dritte Einwohner ein mehrheitlich von Sozialhilfe lebender Roma ist: „Wenn sie [die Roma] meinen Kindern etwas antäten, würde ich zuerst von meinem Bürgermeisterposten zurücktreten und dann bis auf den letzten Millimeter mit demjenigen abrechnen – persönlich“ (Radio.cz 2013).

Solche für das westliche Ohr schwer annehmbaren Worte werden allgemein als nicht anstößig empfunden. Für Kjossev (2005: 242ff) schliesst diese Sprache

³³ BBC (2013b) vergleicht die Reaktionen in Rumänien und Bulgarien und bringt Beispiele.

³⁴ Mit Erstaunen in Tschechien (Tagesschau.de 2014), mit Enttäuschung vor allem in Rumänien, aber auch Bulgarien (siehe die entsprechenden Quellenangaben zu Rumänien und Bulgarien).

Außenstehende aus der Kommunikation aus. Ziel dieser Sprache ist es, „die Welt als Bühne darzustellen, auf der die halb-verwandten, halb-kriminellen ‚Unseren‘ der restlichen Welt entgegengestellt sind, die allerdings das enthält, was man unter offiziell, neutral und tolerant versteht. [...]. Diese Sprache dominiert die Öffentlichkeit der Gesellschaft, d.h. es ist die Sprache der Macht“.³⁵ Diese Beobachtung kann man nicht nur in Bulgarien machen. Selten finden öffentliche Auftritte statt, in denen die Sprache des Redners als unkorrekt aufgefasst würde.³⁶

Für das Fehlen einer politischen Korrektheit kann es unterschiedliche Gründe geben. Man könnte beispielsweise die politische Korrektheit als Luxusproblem verstehen angesichts der politischen und ökonomischen Probleme, mit denen die Region konfrontiert ist. Auch sind historische Fragen oftmals wichtiger als die politisch-korrekt konnotierten Themen. Die relevanten gesellschaftlichen Konfliktlinien verlaufen zudem nicht zwischen Zuwanderern und Einheimischen oder zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Eliten und gewöhnlichen Bürgern, zwischen unterschiedlichen politischen Strömungen wie Kommunisten/Sozialisten und Rechtsliberalen/Nationalisten (Tschechien, Ungarn) bzw. National-Demokraten und Liberalen (Polen), oder sie verlaufen außerhalb eines politisch institutionalisierten Rahmens (Ukraine). Geht man noch einen Schritt weiter, so stellt man eine mangelnde Verankerung der demokratischen politischen Kultur fest.

³⁵ Dank an Katerina Gehl für den Hinweis und Text zu Kjossev (2005).

³⁶ Als politisch nicht korrekt gilt der Gebrauch der Vulgärsprache – sie ist jedoch unter Elitenvertretern bei Gesprächen *off the record* üblich. Siehe zum Beispiel der Kommentar des tschechischen Ministerpräsidenten zum anstehenden Begräbnis von Nelson Mandela (Youtube 2013b) oder die Dreharbeiten zu einem politischen Werbespot des ehemaligen Bürgermeisters von Charkiw und ukrainischen Präsidentschaftskandidaten 2014 Mikhail Dobkin (2007).

“Je schwammiger die Konstrukte, je schwächer die empirische Basis, desto höher die Attraktivität der Konzepte und deren Akzeptanz” (Rost 2013).³⁷

Schluss

Man könnte die obige Aussage Rosts mit der politischen Korrektheit verbinden: Das Konstrukt ist problematisch – seine Attraktivität jedoch hoch. Das geht so weit, dass der politischen Korrektheit in liberalen demokratischen Systemen von der politischen Elite eine Art Autoritarismus unterstellt wird, der auf einem anderen Menschenbild basiert: Der Mensch als ein schutzbedürftiges und verletzliches, daher aber auch leicht verführbares, gefährliches und zutiefst rücksichtsloses und deshalb umfassend kontrollbedürftiges Wesen (siehe Heitmann 2013). Dies sehen Kritiker wie Schatz (2012) als bequemes Denkmodell, das die Komplexität unserer menschlichen Gemeinschaft verneint. Politische Korrektheit sei daher zu einer Geißel unserer Demokratien und eine Gefahr für die Wissenschaft geworden. Bei bestimmten Themen wie Zuwanderung kann man tendenziell feststellen, dass unbequeme Aspekte (Kriminalität, Bildung) ausgeblendet werden und Sprechcodes gängig sind. Diese müssten jedoch weiter mittels einer systematischen Analyse geprüft werden.

Die Unterschiede zwischen der Kultur der politischen Eliten in West- und Osteuropa werden durch das Verhältnis der Eliten zur Gesellschaft, aber auch untereinander bedingt. In Osteuropa handelt es sich zum großen Teil um einen feindseligen und stark emotionalen Umgang der Eliten miteinander.³⁸ Diese Umgangsformen stehen per se einer politischen Korrektheit westlicher Prägung entgegen. Man könnte jedoch diese Korrektheit zum Anlass nehmen, um politische Auseinandersetzungen zu provozieren. An Gründen für Auseinandersetzungen fehlt es in Osteuropa allerdings nicht, und daher macht es wenig Sinn, sich hier der politischen Korrektheit zu bedienen. Sztompka (1993: 88) wirft den Eliten vor, sich zu wenig entwickelt zu haben, daher zeichne sie eine *civilizational incompetence* aus. Sie seien nicht fähig zu einem

³⁷ Eine Aussage Rosts im Kontext der Intelligenz-Diskussion (Welche Faktoren bestimmen, wer wie intelligent ist?). Wesentliche Bestandteile der Debatte gelten als „politisch nicht korrekt“, auch wenn es sich um wissenschaftlich haltbare Aussagen handelt.

³⁸ Wie Anton Sterbling in diesem Band bemerkt.

Wandel, ignorieren die gesellschaftlichen Herausforderungen und verharren in ihren alten Mustern.

Darüber hinaus handelt es sich in Osteuropa um Gesellschaften des „öffentlichen Misstrauens“.³⁹ Wenn die Bürger, Medien, Wissenschaftler etc. ihren Eliten misstrauen und sich von ihnen abgrenzen, dann ist es schwierig, eine politische Kultur mit einer Komponente politische Korrektheit zu entwickeln. Die politische Korrektheit setzt nämlich eine enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Eliten voraus, zum Beispiel dadurch, dass bestimmte gesellschaftliche (Minderheiten-)Gruppen die Eliten beeinflussen oder dass entsprechende Antidiskriminierungsgesetze greifen und die Gesellschaft in diesem Sinn kontrollieren. Diese Art von Einfluss ist in Osteuropa nicht gegeben.

In Bezug auf die bestehende politische Kultur lässt sich sagen, dass es in Osteuropa auch schwierig ist, von einer demokratischen politischen Kultur zu sprechen. Damit die demokratischen Regeln funktionieren, wäre eine solche demokratische Kultur vonnöten; sie ist jedoch nur eine Fassade.

In den westlichen Demokratien wiederum einen die Eliten und die Gesellschaft gewisse Regeln, die mit der demokratischen politischen Kultur im Sinn einer *thick culture* verbunden sind.⁴⁰ Doch wenn das Phänomen der politischen Korrektheit ins Spiel kommt, dann löst sich diese Einheit von Eliten und Gesellschaft. Die Frage ist, wie weit diese Auflösungsprozesse gehen und welche Bereiche sie betreffen.

Ein Schlussvergleich sei noch gewagt: Die Verankerung der politischen Korrektheit in Westeuropa ist in gewisser Hinsicht vergleichbar mit der Verankerung der demokratischen politischen Kultur in Osteuropa. Sie ist eine *thin culture* und wird von einem großen Teil der Gesellschaft nicht akzeptiert. Dieser Teil schweigt jedoch offiziell bzw. auch in Umfragen und äußert sich nur im Freundeskreis, was es schwierig macht, die Verankerung der politischen Korrektheit in der Gesellschaft einzuschätzen. Die Schweiz mit ihrem politischen System der direkten Demokratie hat aber gezeigt, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung politisch nicht korrekte Entscheidungen treffen kann.

Was die politischen Eliten angeht, so kann man vor allem mit Blick auf die USA (und zu einem Teil auch für die Schweiz) davon sprechen, dass dieses Phänomen die

³⁹ Siehe den Beitrag von Christian Giordano in diesem Band.

⁴⁰ Jedoch muss man berücksichtigen, dass dieser vermeintlichen *thick culture* in Mitteleuropa ein Härtestes noch bevorsteht.

Eliten in Anhänger und Gegner spaltet, wobei die Gegner in der Regel im rechtskonservativen oder (rechts-)populistischen politischen Lager zu finden sind. Wie politische Ereignisse in der Schweiz gezeigt haben, sind die Forderungen, die diese Parteien an die Gesellschaft und Politik stellen, mit den Einstellungen eines großen Teils der Bevölkerung kompatibel. Daher ist es angebracht zu fragen, was es für Auswirkungen für ein demokratisches politisches (Werte-)System haben kann, wenn bestimmte politisch-korrekte Entwicklungen die Kultur der Eliten von der Kultur der Gesellschaft entfernen.

Literatur

- Admin.ch (2014): *Chronologie Volksinitiativen*, unter http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis_2_2_5_1.html [Stand: 14.04.2014].
- Auer, Katrin (2002): „Political Correctness“ – Ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31, 291–303.
- BBC (2013a): *Why has Romania got such a bad public image?* 25. Februar, unter <http://www.bbc.com/news/magazine-21550768> [Stand: 14.01.2014].
- BBC (2013b): *Viewpoints: Bulgarian and Romanian Migration*, 26. Dezember, unter <http://www.bbc.com/news/world-europe-25495954> [Stand: 14.01.2014].
- BBC (2014a): *Bulgarian and Romanian immigration – what are the figures?* 14. Mai, unter <http://www.bbc.com/news/uk-politics-21523319> [Stand: 14.05.2014].
- BBC (2014b): *Ukip wins European elections with ease to set off political earthquake*, 26 Mai, unter www.theguardian.com/politics/2014/may/26/ukip-european-elections-political-earthquake [Stand: 22.05.2014].
- Behrens, Michael und von Rimscha, Robert (1995): *„Politische Korrektheit in Deutschland“. Eine Gefahr für die Demokratie*, Bonn: Bouvier Verlag.
- Bernstein, Richard (1990): “The Rising Hegemony of the Political Correct”, in *the New York Times*, 27. Oktober, unter <http://www.nytimes.com/1990/10/28/weekinreview/ideas-trends-the-rising-hegemony-of-the-politically-correct.html?pagewanted=all&src=pm> [Stand: 14.01.2014].
- Bernstein, David E. (2003): *You Can't Say That! The Growing Threat to Civil Liberties from Antidiscrimination Laws*, Washington: Cato Institute.
- Best, Heinrich und Higley, John (Hrsg.) (2010): *Democratic Elitism: New Theoretical and Comparative Perspectives*, Leiden: Brill.
- Bfm.admin.ch (2013): *Ausländerstatistik Ende Dezember 2013*, unter <https://www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/statistik/auslaenderstatistik/2013/auslaenderstatistik-2013-12-d.pdf> [Stand: 14.01.2014].
- Bfs.admin.ch (2012): *Bevölkerung mit Migrationshintergrund*, unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/04.html> [Stand: 14.01.2014].
- Bfs.admin.ch (2014): *Übersicht: Bevölkerungsstand und Bevölkerungswachstum*, unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/02/blank/key/bevoelkerungsstand.html> [Stand: 14.01.2014].

- Bild (2010a): *Thilo Sarrazin (pöbelt) wieder*, 10. März, unter <http://www.bild.de/politik/2010/thilo-sarrazin/gegen-migranten-halbierung-kindergeld-11770978.bild.html> [Stand: 10.11.2013].
- Bild (2010b): *Thilo Sarrazins drastische Thesen über unsere Zukunft. Deutschland wird immer ärmer und dümmter!* 23. August, unter <http://www.bild.de/politik/2010/politik/deutschland-immer-aermer-und-duemmer-13712294.bild.html> [Stand: 10.11.2013].
- Bild (2010c): *Ausländer-Statistik. Die bittere Wahrheit über Ausländer und Hartz IV*, 23. November, unter <http://www.bild.de/politik/2010/politik/statistik-90-prozent-der-libanesen-kriegen-geld-vom-amt-14746178.bild.html> [Stand: 10.11.2013].
- Blocher, Christoph (2004): *Medienansprache anlässlich des Jahreskongresses der Schweizer Presse in Lausanne*, 17. September, unter http://www.ejpd.admin.ch/content/ejpd/de/home/dokumentation/red/archiv/reden_christoph_blocher/2004/2004-09-17.html [Stand: 10.11.2013].
- Bund.ch (2011): *„Die Leute sind Schlange gestanden, um zu unterschreiben“*, unter 17. Oktober, <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Die-Leute-sind-Schlange-gestanden-um-zu-unterschreiben/story/23292488> [Stand: 14.01.2014].
- Bush, George W. (1991): *Remarks at the University of Michigan Commencement Ceremony in Ann Arbor*, 4. Mai, unter <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=19546> [Stand: 10.11.2013].
- Calhoun, Cheshire (2001): “Political Correctness”, in: Becker, Lawrence C. und Becker, Charlotte B. (Hrsg.), *The Encyclopedia of Ethics*, New York: Routledge, 1337–1340.
- Collins Dictionary (2014): *Political Correctness*, unter <http://www.collinsdictionary.com/dictionary/english/political-correctness> [Stand: 10.11.2013].
- Co.uk (2013): *Lord Patten Says Political Correctness Stops Politicians Speaking the Truth*, 29. November, unter <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2515664/Lord-Patten-says-political-correctness-stops-politicians-speaking-truth-immigration.html> [Stand: 08.03.2014].
- Degen, Bernard (2013): *„Volksinitiative“*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, 24. Juli, unter <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10386.php> [Stand: 10.12.2013].
- Deutschlandradio Kultur (2013): *‘Das sagt man nicht!’ Wie korrekt muss Sprache sein?*, 23. September 19.30 Uhr, unter http://www.deutschlandradiokultur.de/das-sagt-man-nicht.976.de.html?dram:article_id=262689 [Stand: 10.11.2013].
- Deutschlandstiftung Integration (2010): *Sarrazin. Eine deutsche Debatte*, München: Piper.
- Duden (2014): *Political Correctness*, unter http://www.duden.de/rechtschreibung/Political_Correctness [Stand: 10.11.2013].
- DW (2013a): *Die politisch korrekte Wortwahl*, 19. Februar, unter <http://www.dw.de/die-politisch-korrekte-wortwahl/a-16574323> [Stand: 30.11.2013].
- DW (2013b): *Deutsch lernen, politisch korrekt*, 22. November, unter <http://www.dw.de/deutsch-lernen-politisch-korrekt/a-17245814> [Stand: 30.11.2013].
- Fairclough, Norman (2003): “‘Political Correctness’: The Politics of Culture and Language”, in: *Discourse & Society*, 14, 1, 17–28.
- Faz.net (2013): *Verbände wollen ‘soziale Unwörter’ zensieren*, 26. Februar, unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/politisch-korrektes-deutsch-verbaende-wollen-soziale-unwoerter-zensieren-12094314.html> [Stand: 10.12.2013].

- Faz.net (2014): *Gauck im Interview. Einwanderung tut diesem Land gut*, 23. Januar, unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauck-im-interview-einwanderung-tut-diesem-land-gut-12766570.html> [Stand: 14.04.2014].
- Fish, Stanley (1994): *There's No Such Thing as Free Speech ...and it's a good thing too*, Oxford: Oxford University Press.
- Fleischhauer, Jan (2014): „Political Correctness: ‘Sprechen ist auch ein anarchistischer Akt’“, in: *Novo Argumente*, 116, unter http://www.novo-argumente.com/magazin.php/novo_notizen/artikel/0001496 [Stand: 06.01.2014].
- Friedman, Marilyn und Narveson, Jan (1995): *Political Correctness: For and Against*, Lanham, Md.: Rowman&Littlefield.
- Gallina, Nicole (2008): *Political Elites in East Central Europe. Paving the Way for ‘Negative Europeanisation’?*, Opladen: Budrich.
- Gallina, Nicole (2010): *Looking Beyond Democratic Façades: Political Elite Culture in Eastern Europe*. Paper prepared for the Warsaw East European Conference, 12–15 July, unter http://nicolegallina.com/docstexts/11_text_political_elite_culture_2010_ng.pdf [Stand: 13.03.2014].
- Guardian (2013a): *Immigration: Romanian or Bulgarian? You won't like it here*, 27. Januar, unter <http://www.theguardian.com/uk/2013/jan/27/uk-immigration-romania-bulgaria-ministers> [Stand: 10.12.2013].
- Guardian (2013b): *Net migration to UK jumps by 15,000 in a year to 182,000*, 28 November, unter <http://www.theguardian.com/uk-news/2013/nov/28/net-migration-uk-25000-to-182000> [Stand: 28.11.2013].
- Heitmann, Matthias (2013): „Politisch korrekt oder die Kultivierung des Misstrauens“, in: *Cicero*, 20. März, unter <http://www.cicero.de/salon/politisch-korrekt-oder-die-kultivierung-des-misstrauens/53946> [Stand: 10.12.2013].
- Hildebrandt, Mathias (2005): *Multiculturalismus und Political Correctness in den USA*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hölscher, Lucian (Hrsg.) (2008): *Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen*, Göttingen: Wallstein Verlag.
- Hughes, George (2010): *Political Correctness: A History of Semantics and Culture*, Maldon, Mass.: Wiley-Blackwell.
- Huffingtonpost.co.uk (2013): *Half our Women ‚Look Like Kate Middleton‘ Romanian Newspaper Says in ‚Anti-Britain‘ Ads*, 31. Januar, unter http://www.huffingtonpost.co.uk/2013/01/31/immigration-romania-eu-anti-britain_n_2588012.html [Stand: 10.12.2013].
- Keller, Peter (2013): „Gurken statt Cervelats“, in: *Weltwoche*, 44, unter <http://www.weltwoche.ch/weiche/hinweisgesperrt.html?hidID=549560> [Stand: 10.12.2013].
- Kjossev, Alexander (2005): „Častnijat život na pobjičnija ezik. Metafori na semejstvoto i agresijata v bälgarskite medii“ [Das private Leben der öffentlichen Sprache. Metaphern der Familie und der Aggression in den bulgarischen Medien], in: Ders., *Leljata ot Gjotingen. Izvăn-disciplinarni eseta* [Die Tante aus Göttingen. Außerdisziplinäre Essays], Sofia: Figura, 218–246.
- Lind, William S. (2000): „The Origins of Political Correctness“, in: *Accuracy in Academia*, unter <http://www.academia.org/the-origins-of-political-correctness/> [Stand: 14.01.2014].
- LIP (2004): *Bogus is the new Black*, 2 März, unter <http://thelip.robertsharp.co.uk/?p=41> [Stand: 10.12.2013].

- Mediendienst-integration.de (2014a): *Polen in Deutschland. Die zweitgrößte Minderheit*, 10. Januar, unter <http://mediendienst-integration.de/artikel/polen-in-deutschland-zahlen-polnische-einwanderer-mikrozensus.html> [Stand: 14.01.2014].
- Mediendienst-integration.de (2014b): *Wer kommt, wer geht?* unter <http://mediendienst-integration.de/migration/wer-kommt-wer-geht.html> [Stand: 22.05.2014].
- Migrationobservatory (2014): *Migration Flows of A8 and other EU Migrants to and from the UK*, unter <http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/briefings/migration-flows-a8-and-other-eu-migrants-and-uk> [Stand: 10.04.2014].
- Mishler, William und Pollack, Detlef (2004): "On Culture, Thick and Thin: Toward a Neo-Cultural Synthesis", in: Pollack, Detlef et al. (Hrsg.), *Political Culture in Post-Communist Europe*, Aldershot: Ashgate, 237–256.
- Mohr, Reinhard (2013): "Von Furor des Fortschritts", in: *Cicero*, 15. Mai, unter <http://www.cicero.de/berliner-republik/tugend-politische-korrektheit-vom-furor-des-fortschritts/54433/> [Stand: 10.11.2013].
- NZZ (2013): *Die Folgen einer einst verfehlten Zuwanderungspolitik*, 5. Februar, Seite 26.
- NZZ (2014a): *Merkel sieht AfD als Problem für alle Parteien*, unter <http://www.nzz.ch/international/deutschland-und-oesterreich/merkel-sieht-afd-als-problem-fuer-alle-parteien-1.18384216>, [Stand: 15.09.2014].
- NZZ (2014b): *Das Verschwinden des Wissens*, 15. September, Seite 15.
- Observer (2013): *Romanian Protests in Revolutionary Square at Britain's Immigration Threat*, 2. Februar, unter <http://www.theguardian.com/world/2013/feb/02/romania-protests-immigration-revolutionary-square> [Stand: 10.12.2013].
- Oxford Dictionaries (2014): *Political Correctness*, unter <http://www.oxforddictionaries.com/definition/english/political-correctness> [Stand: 10.11.2013].
- Pirinçci, Akif (2014): „Deutschland von Sinnen“, in: *ZDF-Mittagsmagazin*, 2. April, unter <http://www.youtube.com/watch?v=swz1AH9U05E> [Stand: 10.04.2014].
- Radio.cz (2013): *Neues Ghetto in Josefov? Das Geschäft mit dem ‚sozialen‘ Wohnen*, 30. Dezember, unter <http://www.radio.cz/de/rubrik/schauplatz/neues-ghetto-in-josefov-das-geschaeft-mit-dem-sozialen-wohnen> [Stand: 10.04.2014].
- Rost, Detlef H. (2013): *Handbuch Intelligenz*, Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schatz, Gottfried (2012): "Politische Korrektheit ist gefährlich", in: *Weltwoche*, 2, unter <http://weltwoche.1st.ch/index.php?id=543812> [Stand: 10.11.2013].
- Seco.admin.ch (2013): *Personenfreizügigkeit – Aufnahmefähiger Schweizer Arbeitsmarkt*, 11. Juni, unter <http://www.seco.admin.ch/aktuell/00277/01164/01980/?lang=de&msg-id=49206> [Stand: 14.01.2014].
- SME (2014): *Februárové prezidentské prieskumy*, 24. Februar, unter <http://www.sme.sk/c/7113996/kiskovi-vzrastla-podpora-aj-v-prieskume-agentury-polis.html> [Stand 08.03.2014].
- Spravy (2013): *Prieskum: Fico je najpopulárnejší*, 19. Dezember, unter <http://spravy.pravda.sk/domace/clanok/251430-prieskum-fico-je-najpopularnejsi-uroven-politiky-najviac-kazi-sulik/> [Stand: 08.03.2014].
- Srf.ch (2013): *Hängt politische Korrektheit an einzelnen Worten?* 10. September, unter <http://www.srf.ch/kultur/literatur/haengt-political-correctness-an-einzelnen-worten> [Stand: 08.03.2014].

- Sztompka, Piotr (1993): "Civilisational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies", in: *Zeitschrift für Soziologie*, 22, 2, 85–95.
- Tagesanzeiger (2013): *Dossier. Urteil zu Armenier-Genozid*, unter http://www.tagesanzeiger.ch/Schweiz/dossier2.html?dossier_id=2491 [Stand: 08.03.2014].
- Tagesanzeiger (2014a): *Dossier. Die kritische Masse*, 9. Februar, unter http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Volk-sagt-Ja-zur-SVPInitiative--Entsetzen-in-Berlin/story/29489952?dossier_id=2475 [Stand: 08.05.2014].
- Tagesanzeiger (2014b): *Dossiers. Die Zuwanderungsdebatte*, unter http://www.tagesanzeiger.ch/dossiers/schweiz/dossier2.html?dossier_id=921 [Stand: 08.05.2014].
- Tagesspiegel (2010): *Gauck attestiert Sarrazin ‚Mut‘*, 30. Dezember, unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/integration-gauck-attestiert-sarrazin-mut/3685052.html> [Stand 08.01.2014].
- Tagesschau.de (2014): *Rumänien und Bulgaren in Tschechien. In Politik und Medien kein Thema*, 4. Januar, unter <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/korrikette-arbeitsmigration-tschechien100.html> [Stand: 08.03.2014].
- Ulfkotte, Udo (2013): *Die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung*, 2. November, unter http://www.youtube.com/watch?v=G71_AIETPgU [Stand: 08.03.2014].
- Welt (2010): *Thilo Sarrazin will Deutschland vor den Muslimen retten*, 22. August, unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article9142989/Thilo-Sarrazin-will-Deutschland-vor-Muslimen-retten.html> [Stand 08.03.2014].
- Welt (2014): *Zuwanderung auf höchstem Stand seit 20 Jahren*, 22. Mai unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article128291742/Zuwanderung-auf-hoechstem-Stand-seit-20-Jahren.html> [Stand 22.05.2014].
- Weltwoche.ch (2014): *Entkrampft. Die Initiative über die Masseneinwanderung ist noch nicht entschieden*, 3, unter <http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-03/editorial-entkrampft-die-weltwoche-ausgabe-032014.html> [Stand 08.03.2014].
- Youtube (2007): *Mayor of city of Kharkov (Ukraine) Michael Dobkin*, unter <http://www.youtube.com/watch?v=ltEbum6LIE> [Stand: 14.04.2014].
- Youtube (2013a): *Thilo Sarrazin im Club. Schafft sich auch die Schweiz ab*, unter <http://www.youtube.com/watch?v=51y3b2LYeNw> [Stand: 14.04.2014].
- Youtube (2013b): *Czech prime minister faux-pas about attending at funeral Nelson Mandela*, unter <http://www.youtube.com/watch?v=RhimCz0NIXA> [Stand: 14.04.2014].
- Zeit Online (2013): *Der Mythos der Armutszuwanderung*, 21. August, unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-08/mythos-armutszuwanderung> [Stand: 14.04.2014].
- Zeit Online (2014): *Joachim Gauck beschwört ein „neues deutsches Wir“*, 22. Mai, unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article128295653/Joachim-Gauck-beschwoert-ein-neues-deutsches-Wir.html> [Stand: 22.05.2014].
- Zimmer, Dieter E. (1996): „Die Sprache der Politischen Korrektheit“, in: *Die Zeit/Themen der Zeit*, 11, 23. Februar, unter <http://www.d-e-zimmer.de/PDF/1996pcsprache.pdf> [Stand: 08.01.2014].